

2. Parteitag, 2. Tagung

Erfurt, 21.-23. Oktober 2011

### **Änderungsantrag 1 zum Leitantrag Programm**

*Einreicher/innen: Halina Wawzyniak (D), Raju Sharma, Frank Baier, Mario Blasche (D), Lothar Boese (D), Sandra Brunner (D), Birke Bull (D), Michael Efler, Christina Emrich (D), Ines Feierabend (D), Katja Haese (D), Simone Hock (D), Andreas Höppner (D), Sylvia Kalex (D), Susanna Karawanskij (D), Karin Kaschuba, André Kaun (D), Birgit Klaubert (Bundesausschuss), Swen Knöchel (D), Sebastian Koch (D), Jan Korte (D), Maximilian Kretzschmar, Ulrich Lamberz, Stefan Liebich (D), Angelika Mai (D), Petra Pau (D), Karin Plagge, Jürgen Plagge-Vandelaar, Henriette Quade (D), Bodo Ramelow (D), Edeltraud Rogée (D), Enno Rosenthal (D), Sebastian Scheel (D), Gunter Schneider (D), Katina Schubert (D), Anni Seidl (D), Gudrun Tiedge (D), Eva von Angern (D), Heike Werner (D) und Bundessprecher/innenrat der BAG Bürgerrechte und Demokratie*

Zeile 68-71: „Individuelle Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit für jede und jeden durch sozial gleiche Teilhabe an den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens und Solidarität – das gilt uns als erste Leitidee einer solidarischen Gesellschaft.

wird wie folgt geändert:

„Individuelle Freiheit, Entfaltung der Persönlichkeit für jede und jeden, sozial gleiche Teilhabe an den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens und Solidarität -das gilt uns als erste Leitidee einer solidarischen Gesellschaft.“

#### *Begründung:*

Die auf den ersten Blick lediglich stilistisch wirkende Änderung macht aus der im Leitantrag stehenden Formulierung „Freiheit durch Sozialismus“ die Formulierung „Freiheit und Sozialismus“.

Durch den gesamten Leitantrag zieht sich die Idee, dass Freiheit und Gleichheit, Freiheit und soziale Gerechtigkeit gleichwertige Ziele der LINKEN sein soll und kein abstraktes Rangverhältnis zwischen ihnen besteht.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Zeile 56-57: „Wir haben uns zusammengeschlossen zu einer neuen politischen Kraft, die für Freiheit und Gleichheit steht, ...“

Zeile 383-385: „Wir laden alle Menschen ein, die eine andere Politik und eine bessere Welt wollen, die für Freiheit und Gleichheit eintreten, ...“

Zeile 386-389: „Es gibt Alternativen ... eine Gesellschaft im Einklang mit der Natur, die sich auf Freiheit und Gleichheit gründet, ...“

Im Widerspruch dazu wird in den Zeilen 68-71 als Leitidee eine abstrakte Rangfolge zwischen Individueller Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit und sozial gleicher Teilhabe durch das Wörtchen „durch“ aufgemacht. Die Zeilen 68-71 formulieren, dass Individuelle Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit erst und allein durch soziale gleiche Teilhabe möglich sind und dementsprechend zuerst diese verwirklicht werden muss. Diese Intention ist aus unserer Sicht falsch, weil wir an dieser Stelle nicht einen aktuellen Zustand beschreiben, sondern die Leitidee einer solidarischen Gesellschaft. In dieser jedoch kann es aus unserer Sicht keine abstrakte Rangfolge von Freiheit, Entfaltung der Persönlichkeit und sozial gleicher Teilhabe geben. Wir wollen keine Gewichtung, das das eine wichtiger als das andere ist, sondern wir wollen für unsere Leitidee einer solidarischen Gesellschaft Freiheit, Entfaltung der Persönlichkeit und soziale gleiche Teilhabe. Wir wollen Freiheit und Sozialismus.

---

Zeile 945-947: „Wir streben eine sozialistische Gesellschaft an, in der jeder Mensch in Freiheit sein Leben selbst bestimmen und es im Zusammenleben in einer solidarischen Gesellschaft verwirklichen kann.“

Zeile 950-952: „Der sozial gleiche Zugang jedes Menschen zu den Bedingungen eines freien Lebens und die Demokratisierung aller Lebensbereiche gehören zusammen. Sozialismus und Demokratie sind untrennbar.“

Zeile 993: „Demokratischer Sozialismus orientiert sich an den Werten der Freiheit, Gleichheit, Solidarität, an Frieden und sozialökologischer Nachhaltigkeit.“

2. Parteitag, 2. Tagung

Erfurt, 21.-23. Oktober 2011

## **Änderungsantrag 2 zum Leitantrag Programm**

### **Wir stellen uns der Verantwortung für das in der DDR begangene Unrecht an Gläubigen**

*Einreicher/innen: Raju Sharma, Halina Wawzyniak (D), Stefan Hartmann, Frank Baier, Mario Blasche (D), Lothar Boese (D), Birke Bull (D), Michael Efler, Christina Emmrich (D), Ines Feierabend (D), Katja Haese (D), Simone Hock (D), Andreas Höppner (D), Sylvia Kalex (D), Susanna Karawanskij (D), Karin Kaschuba, André Kaun (D), Birgit Klaubert (Bundesausschuss), Swen Knöchel (D), Sebastian Koch (D), Jan Korte (D), Ulrich Lamberz, Stefan Liebich (D), Petra Pau (D), Karin Plagge, Jürgen Plagge-Vandelaar, Henriette Quade (D), Bodo Ramelow (D), Edeltraud Rogée (D), Enno Rosenthal (D), Sebastian Scheel (D), Gunter Schneider (D), Katina Schubert (D), Tobias Schulze (D), Anni Seidl (D), Gudrun Tiedge (D), Eva von Angern (D), Heike Werner (D) und Bundessprecher/innenrat der BAG Bürgerrechte und Demokratie*

In Zeile 334 werden nach dem Wort „ebenso“ folgende Sätze eingefügt:

„Zu diesem Bruch gehört auch, dass wir uns unserer Verantwortung stellen und die Lehren aus dem in der DDR begangenen Unrecht gegenüber Gläubigen gezogen haben. Bereits im Jahr 1990 hat der Parteivorstand der PDS sich zur Verantwortung an einer verfehlten Politik der SED bekannt, die tragische Schicksale, Benachteiligung, Verdächtigung und ohnmächtige Betroffenheit auslöste und die Gläubigen, Kirchen und Religionsgemeinschaften um Versöhnung gebeten. Heute engagieren sich in der LINKEN Christinnen und Christen neben Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften, aber auch Atheistinnen und Atheisten für gemeinsame Ziele und Werte, die in den großen Religionen genauso ihre Wurzeln haben wie in den Ideen der Aufklärung und des Humanismus: Soziale Gerechtigkeit, Frieden, Nächstenliebe und Toleranz.“

#### *Begründung:*

Zum Bruch mit dem Stalinismus als System gehört auch ein klares Bekenntnis zu dem unter der Verantwortung der SED begangenen Unrecht gegenüber Gläubigen in der DDR (wird mündlich ergänzt).



2. Parteitag, 2. Tagung

Erfurt, 21.-23. Oktober 2011

### **Änderungsantrag 3 zum Leitantrag Programm**

*Einreicher/innen: Halina Wawzyniak (D), Raju Sharma, Frank Baier, Mario Blasche (D), Lothar Boese (D), Sandra Brunner (D), Birke Bull (D), Christina Emmrich (D), Simone Hock (D), Andreas Höppner (D), Sylvia Kalex (D), Susanna Karawanskij (D), André Kaun (D), Swen Knöchel (D), Jan Korte (D), Ulrich Lamberz, Stefan Liebich (D), Angelika Mai (D), Martina Michels (D), Petra Pau (D), Karin Plagge, Jürgen Plagge-Vandelaar, Henriette Quade (D), Bodo Ramelow (D), Edeltraud Rogée (D), Enno Rosenthal (D), Sebastian Scheel (D), Gunter Schneider (D), Katina Schubert (D), Tobias Schulze (D), Anni Seidl (D), Gudrun Tiedge (D), Eva von Angern (D), Heike Werner (D) und Bundessprecher/innenrat der BAG Bürgerrechte und Demokratie*

Zeile 818 ff. Unterabschnitt: „Aushöhlung der Demokratie“ ersetzen durch folgende Formulierung:

„Der neoliberale Kapitalismus trägt zur Aushöhlung der Demokratie bei. Die Möglichkeiten demokratischer Einflussnahme und Mitgestaltung schwinden sowohl auf der institutionellen als auch auf der wirtschaftlichen Ebene. Privatisierung und Liberalisierung der Ökonomie entziehen die Wirtschaftsentwicklung der politischen Einflussnahme. Die Gewinne der Globalisierung werden privatisiert, die Verluste sozialisiert. Soweit öffentliche Unternehmen privatisiert werden, wird den politisch Handelnden die Einflussnahme auf Entwicklungen im gesamtgesellschaftlichen Interesse entzogen. Je stärker die Macht von Konzernen und Finanzkapital, desto geringer die Möglichkeit der Einflussnahme und Mitgestaltung durch die Einwohnerinnen und Einwohner.

Doch auch auf der institutionellen Ebene wird die Demokratie ausgehöhlt. Neue Möglichkeiten der Einflussnahme auf politisches Handeln durch die Potenziale des Internets bleiben ungenutzt. Mehr direktdemokratische Einflussnahme wird blockiert. Die soziale Spaltung der Gesellschaft führt zu einer Spaltung der demokratischen Gesellschaft. Ein großer Teil der Bevölkerung bleibt von demokratischer Einflussnahme ausgeschlossen, weil ihm die Möglichkeiten zur Partizipation fehlen. Mit geringem oder keinem Einkommen sind die Spielräume für politisches Engagement eingengt und werden partiell unmöglich gemacht. Gleichzeitig wird der repressive Überwachungsstaat ausgebaut. Mit jedem technischen Fortschritt werden neue Ideen entwickelt, um die Bürgerinnen und Bürger zu überwachen und Strafen besser durchsetzen zu können. Datenschutz wird ebenso ausgeblendet wie Informations-, Presse- und Demonstrationsfreiheit. Staat und Wirtschaft starten immer neue Prozesse, um das Internet und die damit verbundenen Möglichkeiten für horizontale Kommunikation und Meinungsbildung einzuhegen und zu reglementieren.

Der Eindruck, die Politik kümmere sich nicht um die Interessen der benachteiligten Einwohnerinnen und Einwohner sowie der Ausschluss von Mitentscheidungsmöglichkeiten führen zu Politiker- und Parteienverdrossenheit. So entsteht ein gefährlicher Teufelskreis der Unterhöhlung des demokratischen Systems. Es entwickelt sich eine *Krise der Demokratie und der gesellschaftlichen Ordnung.*“

*Begründung:*

Der bisherige Text im Leitantrag bleibt weitestgehend auf der ökonomischen Ebene stehen und blendet die institutionelle Ebene in der Demokratiefrage aus. Der vorliegende Text versucht beide Aspekte zu berücksichtigen.

2. Parteitag, 2. Tagung

Erfurt, 21.-23. Oktober 2011

2. Parteitag, 2. Tagung

Erfurt, 21.-23. Oktober 2011

#### **Änderungsantrag 4 zum Leitantrag Programm**

*Einreicher/innen: Halina Wawzyniak (D), Raju Sharma, Frank Baier, Mario Blasche (D), Lothar Boese (D), Birke Bull (D), Christina Emmrich (D), Ines Feierabend (D), Simone Hock (D), Andreas Höppner (D), Sylvia Kalex (D), Susanna Karawanskij (D), André Kaun (D), Swen Knöchel (D), Ulrich Lamberz, Martina Michels (D), Petra Pau (D), Karin Plagge, Jürgen Plagge-Vandelaar, Henriette Quade (D), Bodo Ramelow (D), Edeltraud Rogée (D), Enno Rosenthal (D), Sebastian Scheel (D), Gunter Schneider (D), Anni Seidl (D), Gudrun Tiedge, Eva von Angern (D), Heike Werner (D)*

Zeile 2744-2747: „An einer Regierung, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, die Privatisierungen der Daseinsvorsorge oder Sozialabbau betreibt, deren Politik die Aufgabenerfüllung des Öffentlichen Dienstes verschlechtert, werden wir uns nicht beteiligen.“

ersetzen durch: „Unsere Kriterium für eine Regierungsbeteiligung besteht aus drei Bestandteilen. Kriterium für eine Regierungsbeteiligung ist, ob mit einer Regierungsbeteiligung einer Verschlechterung der Lage der Einwohnerinnen und Einwohner entgegengewirkt und alternative Entwicklungspfade über den Kapitalismus hinaus eröffnet und Einwohnerinnen und Einwohner zu eigenem politischen Engagement ermuntert werden. Dieses Kriterium ist auf die konkrete Situation herunter zu brechen und damit auf die konkrete Situation anzuwenden. Darüber hinaus wird sich DIE LINKE auf Bundesebene nicht an einer Regierung beteiligen, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt sowie Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt.“

*Begründung:*

Durch die konkrete Formulierung Leitantrag werden drei Forderungen aus dem Programm mit Exklusivitätscharakter ausgestattet. Mithin gibt es nach dieser Formulierung Programmatische Forderungen erster und zweiter Klasse. Wenn wir uns nicht an einer Regierung beteiligen, die Privatisierung der Daseinsvorsorge oder Sozialabbau betreibt oder deren Politik die Aufgabenerfüllung des Öffentlichen Dienstes verschlechtert sagen wir umgekehrt, dass alle anderen programmatischen Forderungen keine Ausschlusskriterien für eine Regierungsbeteiligung sind. Dies ist nicht akzeptabel.

Der Alternativvorschlag erlaubt durch den Abstraktionsgrad des Beteiligungskriteriums mit drei Bestandteilen eine konkrete Bewertung in einer konkreten Situation und bietet die Möglichkeit die wahlprogrammatischen Aussagen am Beteiligungskriterium zu messen.